

Pensionskassen

# Die versteckte Milliarde

Die Pensionskassen müssen Vermögensverwaltungskosten genauer ausweisen als auch schon. Dennoch bleibt einiges im Dunkeln. Klar ist: Banken und Versicherer machen einen guten Schnitt.

TEXT: BERNHARD RAOS

ILLUSTRATION: RÜDIGER TREBELS

Auf den ersten Blick sind 0,417 Prozent sehr wenig – 41,7 Rappen auf 100 Franken. So wenig kostet die Verwaltung des Altersbatzens gemäss der jüngsten Pensionskassenstatistik. Bei einem durchschnittlichen Altersguthaben von 300 000 Franken fallen aber auch 0,417 Prozent ins Gewicht: Sie machen 1251 Franken aus. Angesichts der Gesamtzahl der Beitragszahler kommt so ein hübsches Sümmchen zusammen: drei Milliarden Franken. Das verdienten – gemäss offizieller Statistik – Banken, Vermögensverwalter und Versicherer mit dem Anlegen der Vorsorgegelder.

Auch wenn die letzte Strukturreform mehr Transparenz gebracht hat, offenbaren diese Zahlen erst einen Teil der Wahrheit. «Mit der neuen Regelung werden nur rund 75 Prozent der Gesamtkosten offengelegt», erklärt Ueli Mettler, Autor einer vielbeachteten Studie zur zweiten Säule. Denn die Pensionskassen müssen einiges nach wie vor nicht ausweisen: Spesen für das Zins- und Devisengeschäft, für Transaktionen und Steuern innerhalb von Fondsanlagen.

## Total vier Milliarden für die Verwalter

Das bedeutet: Die Verwaltung der Vorsorgegelder verschlang nicht drei, sondern vier Milliarden Franken. Bei 300 000 Franken Alterskapital zwacken die Verwalter pro Jahr also nicht 1251, sondern rund 1700 Franken ab.

Laut Ueli Mettler wäre es aber sehr schwierig, volle Transparenz herzustellen: «In diesem Bereich können die Kosten meist nur geschätzt werden. Der zusätzliche Erhebungsaufwand wäre enorm.» Pensionskassen empfiehlt er trotzdem, ihren Aufwand genau zu überwachen.

Volle Transparenz kann sich auch für die Versicherten auszahlen. In den Niederlanden etwa müssen die Pensionskassen alle Kosten offenlegen –

auch solche, die sich nur schätzen lassen. Mit dem Resultat, dass sie im internationalen Vergleich nicht nur am günstigsten arbeiten, sondern auch beste Anlageergebnisse erzielen.

Für den einzelnen Versicherten zählen nicht die Durchschnittskosten. Entscheidend ist für ihn einzig, wie viel seine Kasse für die Vermögensverwaltung verrechnet. Die Unterschiede sind beträchtlich: Gemäss Mettlers Studie bewegen sie sich zwischen 0,15 und 1,86 Prozent des investierten Kapitals. Je nach Kasse kostet die Verwaltung von 300 000 Franken Altersguthaben also 450 bis 5580 Franken pro Jahr – eine Differenz von mehr als dem Zwölffachen.

Und das ist noch nicht alles: Hinzu kommen die Kosten für Administration, Broker, Experten und Aufsicht.

**«Auch mit der neuen Regelung werden nur 75 Prozent der Kosten offengelegt.»**

Ueli Mettler, Pensionskassenspezialist

Sie betragen durchschnittlich 319 Franken pro Versicherten, wie eine Swisscanto-Umfrage bei autonomen und öffentlich-rechtlichen Kassen zeigte. Auch hier sind die Unterschiede beträchtlich: Die billigsten Kassen verrechneten knapp 100 Franken pro Jahr, die teuerste Kasse über 1000 Franken. Weil sie die Kosten auf mehr Köpfe verteilen, arbeiten Kassen mit vielen Versicherten oft günstiger.

## Manche verrechnen ein Mehrfaches

Versicherte müssen zu hohe Kosten nicht kritiklos hinnehmen. Denn die Kosten sind in der Jahresrechnung auszuweisen. Wenn sie deutlich über dem Mittel liegen, sind die Stiftungsräte in der Pflicht. Vor allem bei teuren Vermögensverwaltungsmandaten lohnt sich ein Nachverhandeln. Einige Fir-

men benutzen ihre Pensionskasse für Gegengeschäfte mit der Hausbank – zum Schaden der Versicherten.

Früher wiesen auch die Lebensversicherer und ihre Sammelstiftungen die Kosten nur rudimentär aus. Das ist mittlerweile anders. Gemäss den aktuellsten verfügbaren Zahlen von 2013 verrechnen sie pro aktiv Versicherten im Schnitt 464 Franken als Aufwand. Am wenigsten verlangt die Mobiliar mit 160 Franken, am meisten die «Zürich» mit 681 Franken. Hinzu kommen die ausgewiesenen Kosten für die Vermögensverwaltung. Diese betragen zwischen 0,09 («Zürich») und 0,21 Prozent («Basler»).

## Wenig aktive Kontrollbehörde Finma

Wie schon im Vorjahr verspricht die Aufsichtsbehörde Finma, dass sie die teuersten Versicherer einer «intensivierten Aufsicht» unterziehen werde. Das Versprechen hat bisher allerdings wenig gefruchtet. Von 2012 auf 2013 gab es kaum Veränderungen. Ob es 2014 anders war, ist nicht bekannt. Die Kontrollbehörde will sich «grundsätzlich nicht zu einzelnen Instituten äussern», heisst es aus Bern.

Bis 2012 konnten die Versicherer den Aufwand von Beitragszahlern, Rentnern und Inhabern von Freizügigkeitspolice zusammenrechnen. Dieser Mix verfälschte die Kostenquote – die drei Kategorien sind in der Verwaltung unterschiedlich aufwendig.

So liegt der Schnitt für die Freizügigkeitspolice bei tiefen 72 Franken. Die Pax gibt den effektiven Kostenaufwand pro Police mit 579 Franken an. Und die Generali weist für Rentner einen Pro-Kopf-Betriebsaufwand von stolzen 1258 Franken aus.

Wie erklären die teuren Versicherer ihre hohen Kosten? Die «Zürich» will ihre Infrastruktur modernisieren und «Prozesse verschlanken». Das werde sich 2015 bei den Kosten «spürbar niederschlagen». Genaue Zahlen will sie nicht nennen. Die Generali erklärt



**Böse Überraschung:** Die Verwaltung der Pensionskassengelder ist um einen Drittel teurer als offiziell ausgewiesen.

die hohen Kosten mit ihrem Ausstieg aus dem BVG-Geschäft. Sie betreut nur noch die alten Verträge. So müssen die Grundkosten auf immer weniger Versicherte verteilt werden. Ähnlich argumentiert die Pax, die keine neuen Freizügigkeitspolice mehr anbietet. Das führe zu überdurchschnittlich vielen Abläufen, was höhere Kosten verursache.

#### **Blinder Fleck bei Versicherern**

Trotz etwas mehr Transparenz gibt es in der Betriebsrechnung der Lebensversicherer nach wie vor einen blinden Fleck: Die Verwaltungskosten werden weiterhin nur als Durchschnitt über den ganzen Bestand ausgewiesen, also unabhängig vom Umfang der Versicherung. Das führt zu groben Unschärfen, denn eine Vollversicherung und eine Kasse, die nur einen Teil der Risiken (zum Beispiel für Invalidität) rückversichern lässt, verursachen unterschiedlich hohe Kosten.

Die Finma lässt da die Versicherer an der langen Leine, obwohl die Zahlen vorhanden wären. Eine Anpassung der Auflagen drängt sich auf. Gemäss

#### **Hohe Kosten gleich mehr Rendite?**

Eine günstige Verwaltung nützt nichts, wenn die Rendite tief ausfällt. Deshalb müssen die Kosten für die Vermögensverwaltung immer im Vergleich zum Anlageerfolg gesehen werden. Ob sich höhere Ausgaben tatsächlich lohnen, lässt sich aber nicht sagen. Dafür fehlen in der Schweiz aussagekräftige Daten. Klar ist nur, dass die Kassen mit unterschiedlichem Erfolg investieren. **Laut der Swisscanto-Umfrage lag die durchschnittliche Rendite im Jahr 2013 bei 6,26 Prozent.** Die Kasse mit dem besten Resultat legte knapp 20 Prozent zu, das Schlusslicht wies eine Minusperformance von drei Prozent aus.

Finma wären dazu aber «umfassendere, zeitkritische Abklärungen über Machbarkeit und Darstellung» nötig. Immerhin will sie «Schritte prüfen». Aber das kann dauern.

#### **Jahrelang acht Prozent Gewinn**

Auf einen gewichtigen Kostenblock kann die Finma nicht einwirken: auf die sogenannte Legal Quote. Das ist der Anteil, den die Versicherer nach geltendem Recht vom Bruttogewinn der Vermögensverwaltung abschöpfen dürfen. 2013 waren das total 678 Millionen Franken oder 352 Franken pro Versicherten. Die Legal Quote festzulegen ist Sache des Parlaments.

Im Rahmen der «Altersvorsorge 2020» will Sozialminister Alain Berset den Gewinnanteil der Versicherer von heute zehn auf maximal acht Prozent senken. Das sorgt bei diesen bereits für Missmut. Den einzelnen Versicherten dürfte diese neue Obergrenze aber nicht viel bringen. Die vorgeschlagenen acht Prozent entsprechen ziemlich genau jener Quote, die Versicherer in den letzten Jahren im Schnitt tatsächlich einkassiert haben. ■